nicht rechtzeitig oder mit nicht richtigem oder nicht vollständigem Inhalt abgibt oder

- b) entgegen § 14 Abs. 1 eine Versand-Ausfuhrerklärung nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
4. als Ausführer, Versender oder Dritter entgegen § 13 Abs. 4, auch in Verbindung mit § 15 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 3 Satz 2, eine Ausfuhrerklärung von dem angegebenen Ort entfernt,
 5. als Versender entgegen § 15 Abs. 1 Satz 1 eine Versand-Ausfuhrerklärung nicht richtig oder nicht vollständig abgibt oder entgegen § 15 Abs. 3 Satz 3 eine weitere Versand-Ausfuhrerklärung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig abgibt,
 6. als Dritter entgegen § 15 Abs. 3 Satz 2 eine Versand-Ausfuhrerklärung nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
 7. als Zulieferer entgegen § 16 Abs. 1 Satz 2 eine Versand-Ausfuhrerklärung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
 8. als Vertreter des Ausführers entgegen § 18 Abs. 3 eine Ausfuhrerklärung mit nicht richtigem oder nicht vollständigem Inhalt oder eine Versand-Ausfuhrerklärung nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
 9. als Ausführer entgegen § 20 Abs. 2 die Ausfuhrerklärung nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
 10. als Ausführer oder Versender entgegen § 21 Abs. 2 Satz 2 die vorgeschriebene schriftliche Erklärung nicht, nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
 11. als Ausführer oder Versender entgegen § 22 Abs. 2 Satz 1 oder 3 eine Ausfuhrkontrollmeldung nicht richtig oder nicht vollständig abgibt,
 12. als Einführer entgegen § 26 Abs. 2 Ziff. 2, auch in Verbindung mit § 31 Abs. 1, ein Ursprungszeugnis oder eine Ursprungserklärung nicht, nicht rechtzeitig oder mit nicht richtigem oder nicht vollständigem Inhalt vorlegt,
 13. als Einführer oder Transithändler
 - a) entgegen § 29 Abs. 2, auch in Verbindung mit § 43 Satz 2, Angaben nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht oder
 - b) entgegen § 29 Abs. 3, auch in Verbindung mit § 43 Satz 2, eine Einfuhr nicht oder nicht rechtzeitig nachweist, eine Anzeige nicht oder nicht rechtzeitig erstattet, eine Bescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig zurückgibt, eine Mitteilung nicht oder nicht rechtzeitig macht oder eine neue Bescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig erwirkt,
 14. als Einführer entgegen § 31 Abs. 1 die Einfuhrerklärung nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt oder
 15. entgegen §§ 52, 53, 54, 56 bis 69 oder 71 bis 73 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet.

(5) Die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens bestimmt sich nach den Absätzen 7 und 8 des § 38 des Gesetzes über den Außenwirtschafts-, Kapital- und Zahlungsverkehr.

Kapitel X

Übergangs- und Schlußbestimmungen

§ 75

Beschwerde, gerichtliche Nachprüfung

(1) Gegen die Versagung beantragter Genehmigungen ist das Rechtsmittel der Beschwerde innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Zugang der Entscheidung zulässig. Die Beschwerde ist bei der Genehmigungsstelle schriftlich unter Angabe der Gründe einzureichen. Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, ist sie innerhalb zweier Wochen nach ihrem Eingang der Vorgesetzten Behörde zur Entscheidung vorzulegen.

(2) Gegen Entscheidungen über die Ablehnung von Genehmigungen oder über den Widerruf von Genehmigungen kann nach Ablehnung der Beschwerde Antrag auf Nachprüfung durch das Gericht gestellt werden.

(3) Für die Durchführung des Verfahrens ist das Kreisgericht zuständig, in dessen Bereich die Genehmigungsstelle ihren Sitz hat.

(4) Für das Verfahren gelten die Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Dezember 1988 über die Zuständigkeit und das Verfahren der Gerichte zur Nachprüfung von Verwaltungsentscheidungen (GBl. I Nr. 28 S. 327).

§ 76

Gültigkeit von Abfertigungsgenehmigungen

(1) Für den Zeitraum von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung gelten die von den Binnenzollämtern erteilten Genehmigungen zur Abfertigung ohne Mitwirkung des Binnenzollamtes gemäß § 11 der Sechzehnten Durchführungsbestimmung zum Zollgesetz vom 20. Oktober 1970 — Ausfuhrverfahren für Handelswaren — (GBl. II Nr. 88 S. 616) als Zulassung im Sinne des § 18 dieser Verordnung.

(2) Erlischt die Gültigkeit der in Absatz 1 genannten Genehmigung bereits vor Ablauf der sechs Monate, gilt diese verkürzte Frist

§ 77

Übergangsbestimmungen für die Meldevorschriften nach § 30 GAW

(1) Auf die Abgabe der Meldungen gemäß §§ 57, 59, 61, 63 sowie § 66 Abs. 2 wird bis auf weiteres verzichtet. Die in § 66 Abs. 2 erwähnten Zahlungen sind stattdessen mit dem Vordruck „Zahlungen im Außenwirtschaftsverkehr“ (§ 66 Abs. 3) zu melden.

(2) Die als Anlage²⁾ vorgesehenen Meldevordrucke treten am 1. November 1990 in Kraft. Bis dahin können die in der Anlage zur Außenwirtschaftsverordnung der Bundesrepublik Deutschland aufgeführten Vordrucke gleicher Bezeichnung verwendet werden.

(3) Meldungen über Zahlungen, die über zwischenstaatliche Clearing-(Verrechnungs-)Konten abgewickelt werden, sowie über Forderungen und Verbindlichkeiten aus Transaktionen im Rahmen von zwischenstaatlichen Zahlungsabkommen sind der Deutschen Bundesbank abweichend von den Bestimmungen in den §§ 65 ff. von den Institutionen zu erstatten, die mit der Führung dieser Verrechnungskonten beauftragt sind.

§ 78

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1990 in Kraft

Berlin, den 28. Juni 1990

Der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

de Maizidre
Ministerpräsident

Dr. Pohl
Minister für Wirtschaft

²⁾ Die Veröffentlichung der in der Verordnung genannten Anlagen erfolgt im Sonderdruck des Gesetzblattes.

Verordnung

über die Berechnung von Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung sowie über die Entrichtung von Abschlagzahlungen — Selbstberechnungsverordnung — vom 27. Juni 1990

§ 1

Selbstberechnung

(1) Unternehmen, Genossenschaften, Gewerbetreibende, freiberuflich und sonstig selbständig Tätige sowie andere Personen (nachfolgend als Steuerpflichtige bezeichnet), die zur Zahlung von